Über “Gewaltmonopol” in deutschen Staatsrechtslehre Zugleich ein Beitrag zur “Sicherheit durch Staat”

OKADA, Kenichiro

Das vorliegende Arbeit stellt sich Aufgabe, das Begriff “staatliches Gewaltmonopol” in deutschen öffentlichen Rechtslehre in 1970–80 er Jahren zu erörtern, um die Unterschied der Rechtsidee zwischen Deutschland und Japan zu erklären.

Das Begriff “staatliches Gewaltmonopol” ist, dass die Private Gewaltausübung von Rechtsschutz verboten wird und der Staat diese monopolisiert. Reagierend auf “Deutschen Herbst” (Terrorismus) und “Heißen Herbst” (neue soziale Bewegung) haben die konservativen öffentlichen Rechtslehre in BRD dieses Begriff betont.

Das Begriff “staatliches Gewaltmonopol” baut auf der Geschichte auf, dass der moderne Staat erst dann entstand hat, wenn die mittelalterliche Fehde ist verboten worden. Die öffentliche Rechtslehre in Deutschland hat die Rechtsidee: die Fehde ist ein Teil der mittelalterlichen legitimen Rechtssystem, so der Staat ist verpflichtet, für der Privaten den Rechtsschutz statt der Fehde zu leisten. Diese Rechtsidee schränkt den Staat ein und bildet die Idee des Rechtsstaats. Aber es ist fraglich, dass in Japan öffentliche und zivil-prozeß Rechtslehren diese Rechtsidee haben.